



Bio-Wahlversprechen

Positionen der Parteien zur Nationalratswahl 2013 über die biologische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion

Die Vorsitzenden der für die Nationalratswahl am 29. September wahlwerbenden Parteien wurden von BIO AUSTRIA befragt, welche Pläne sie für die Bio-Landwirtschaft in der kommenden Legislaturperiode haben. Neben einer allgemeinen, offenen Frage wurde auch die Position zu sechs Kernforderungen von BIO AUSTRIA abgefragt. Im Folgenden sind alle Antworten zusammengefasst, die bis zum Redaktionsschluss eingetroffen sind.

1. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei für die biologische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in der kommenden Legislaturperiode?

SPÖ

Die zentrale Aufgabe der Landwirtschaft ist die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln zu leistbaren Preisen.

Nahrungsmittelqualität ist eng verknüpft mit Fragen des KonsumentInnenschutzes.

Die Qualität von Nahrungsmitteln kann unterschiedlich definiert werden (z.B.

Herkunft, biologisch produziert, Vorhandensein/Nicht-Vorhandensein bestimmter Zutaten, Tierschutz etc.). Es müssen daher landwirtschaftliche Strukturen, die qualitativ hochwertige Nahrungsmittel für alle hervorbringen, gefördert werden.

Biologische Lebensmittelqualität ist derzeit die einzige EU-gesetzlich definierte

besondere Qualität bei Lebensmitteln und die Produktion von und der Zugang von

KonsumentInnen zu biologischen Lebensmitteln sollte daher auch in der Förderung

einen besonderen Stellenwert haben. Eine intakte Umwelt ist für die Gesundheit und

das Wohlbefinden der Menschen von großer Bedeutung. Es benötigt klarere

Bedingungen für die Vergabe von ÖPUL-Förderungen, damit die Gelder wirklich zu

den BäuerInnen gelangen, die sich um ökologische und nachhaltige Landwirtschaft

bemühen. Dies betrifft – abseits von Bio – auch den Tierschutz, denn

KonsumentInnen erwarten sich eine artgerechte Tierhaltung – diese muss durch die

Förderpolitik gewährleistet werden. Damit insgesamt verbunden ist das Ziel, dass

qualitativ hochwertige, biologische Lebensmittel für alle leistbar werden. Die SPÖ setzt sich auch ein für gentechnikfreie und möglichst schadstoffarm produzierte Lebensmittel, nitrat- und pestizidfreies Trinkwasser, dafür, dass landwirtschaftliche Betriebe nur dann Umweltförderungen erhalten, wenn diese wirklich umweltschonend und ökologisch nachhaltig produzieren.

ÖVP

Unsere österreichischen Landwirtinnen und Landwirte stehen für eine nachhaltige, qualitätsvolle Lebensmittelproduktion. Diesen hohen Standard wollen wir auch in Zukunft sicherstellen. Daher setzen wir uns für die Aufrechterhaltung unserer bäuerlichen Familienbetriebe ein. Zudem braucht es nachvollziehbare Herkunftskennzeichnungen und eine Stärkung des AMA Gütesiegels, um den Konsumentinnen und Konsumenten sichere und gesunde Lebensmittel zu garantieren. Im Bereich der Bio-Landwirtschaft ist Österreich bereits heute vorbildlich: 20% der landwirtschaftlichen Flächen werden biologisch bewirtschaftet. Das macht uns zum Bio-Weltmeister. Unter dem Gesichtspunkt der Marktnachfrage wollen wir die biologische Produktion daher gezielt weiter unterstützen. Das Ziel ist klar: Unser österreichisches Erfolgsmodell der flächendeckenden, ressourcenschonenden und nachhaltigen Landwirtschaft mit Bio an der Spitze soll weiter ausgebaut werden.

FPÖ

Die FPÖ fordert eine weitere Stärkung der biologischen Landwirtschaft. Ein uneingeschränkter Erhalt der Ausgleichszahlungen ist dazu notwendig. Ein Einstiegsstopp – wie in der letzten GAP-Periode – ist abzulehnen. Die österreichische Agrarpolitik sollte weniger auf politische Eigen-Werbung, sondern mehr auf die Bedeutung der österr. Bauern – insbesondere auch der BIO-Bauern – nicht nur für die Lebensmittelproduktion, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt hinweisen.

Die Grünen

Trotz Bio-Booms, dem Wissen um die Vorzüge, Besonderheiten und Stärken der biologischen Landwirtschaft und ihrer Produkte, würgt Minister Berlakovich seit 2010 die „Bio-Konjunktur“ in Österreich ab. Anstatt dafür zu sorgen, dass Österreich wirklich der Feinkostladen Europas wird, verlängert er den Einstiegsstopp in den biologischen Landbau. Die zugesagte Förderung für das Jahr 2014 aus nationalen Mitteln ist zwar besser als nichts, ersetzt aber keinen Bio-Aktionsplan, der eine Planungssicherheit für die kommenden Jahre herstellt. Die derzeitige Praxis ist nicht nur umweltpolitisch der falsche Weg, sondern auch wirtschaftspolitischer Unfug. Österreichs Landwirtschaft kann nicht über eine Massenproduktion in Europa auf dem Markt bestehen. Dafür haben wir nicht die geographischen Gegebenheiten. Österreich muss sich über die Qualität der Produkte am Markt behaupten. Wenn wir in der biologischen Landwirtschaft weiter wachsen, wird das auch Folgeeffekte in der Veredelungsindustrie mit sich bringen.

Der Einstiegsstopp für Neubetriebe in die Bioförderung muss umgehend beendet werden und es muss sichergestellt werden, dass die Fördermaßnahme in der

kommenden Förderperiode auch bestehen bleibt.

Anstatt Lippenbekenntnisse für den Feinkostladen Österreich wollen wir eine Bio-Offensive mit dem Ziel, den Biolandbau in Österreich bis 2020 zu verdoppeln. Damit können positive Entwicklungen in der Wertschöpfungskette sichergestellt werden und Investitionen in die Veredelungsindustrie von Bio-Produkten geschaffen werden.

Um die Wertschöpfung des Ökolandbaus zu steigern, muss die Verarbeitung und Vermarktung in der Region gestärkt werden.

Um mittelständische Strukturen in der Verarbeitung zu erhalten und maximale Produktsicherheit entlang der Kette von der Erzeugung bis zur Vermarktung zu gewährleisten, muss im Zuge der Flächenausdehnung des Biolandbaus auch im Verarbeitungsbereich das Entstehen separater Bio-Betriebe unterstützt werden.

Die öffentliche Hand ist gerade im Lebensmittelsektor ein wichtiger Marktakteur, von dem entscheidende Impulse ausgehen können. Die Verwendung von Bio-Lebensmitteln in Kindergärten, in öffentlichen Kantinen und Mensen sowie in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen muss deshalb konsequent ausgebaut werden. Gerade gesundheitlich eingeschränkte Personen benötigen für ihre Genesung eine Kost, die frei von synthetischen Zusatzstoffen und Spuren von Pflanzenschutzmittelrückständen ist.

BZÖ

Die kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft muss flächendeckend erhalten und der „Arbeitsplatz Bauernhof“ gesichert werden. Alle erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung unseres Lebensraumes und der Artenvielfalt müssen gewährleistet werden. Die Herkunft der Produkte muss klarer erkennbar sein. "Wo Österreich draufsteht, muss auch Österreich drinnen sein!" Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel müssen besser gekennzeichnet werden.

Das BZÖ unterstützt einen weiteren Ausbau der biologischen Landwirtschaft, weil der Wunsch der Bevölkerung nach möglichst naturbelassener Nahrung immer größer wird.

Das Agrarumweltprogramm ÖPUL muss weiterhin gesichert, ausreichend dotiert und so gestaltet werden, dass es ein Weiterwachsen des Biobereiches ermöglicht. Die ungerechte Verteilung der Agrarfördermittel muss durch einen Sockelbetrag von 10.000 € und eine Förderobergrenze von rund 45.000 € beseitigt werden. Für die ländliche Entwicklung müssen eine ausreichende Dotierung sichergestellt, stabile Rahmenbedingungen geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der kleinstrukturierten Landwirtschaftsbetriebe mehr gestärkt werden.

2. Wie stehen Sie zu den folgenden konkreten Anliegen von BIO AUSTRIA?

2a) Das ÖPUL soll so gestaltet und dotiert werden, dass das Potenzial zum Wachstum von Bio voll ausgeschöpft werden kann und dieses Wachstum nicht auf Kosten der bestehenden Betriebe geht.

SPÖ

Die SPÖ ist für eine Umverteilung der Agrarmittel hin zur Entwicklung des gesamten ländlichen Raumes, wobei die modernen Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung im Vordergrund stehen müssen und bei den landwirtschaftlichen Förderungen eine Schwerpunktsetzung insofern erfolgen soll, dass hier besonders auch Bio-BäuerInnen gefördert werden sollen. Es ist sicherlich möglich, die Anzahl der Betriebe, die biologische Landwirtschaft betreiben, in der kommenden Periode durch eine Förderung im Rahmen des ÖPUL zu verdoppeln.

ÖVP

Die ÖVP tritt für die Fortführung der Schwerpunktsetzung „Biologische Wirtschaftsweise“ im neuen Agrarumweltprogramm ein. Denn das ist die beste Strategie, um Nachteile für bestehende Bio-Betriebe abzuwenden. Vom Lebensministerium wird diesbezüglich bereits an einem breit angelegten Bioaktionsprogramm gearbeitet. Wesentliche Bestandteile dieses Maßnahmenpaktes sollen die Forcierung des Biolandbaus, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Biobetriebe, sowie die Förderung von Innovation in Produktion, Verarbeitung und Vermarktung sein. Für den weiteren Ausbau des Biolandbaus ist eine entsprechende finanzielle Ausgestaltung des Ländlichen Entwicklungsprogrammes zentral. Eine Ausweitung von Bio ohne Rücksicht auf die Marktnachfrage birgt hingegen die Gefahr eines Überangebots, das sich letztlich negativ auf unsere Bio-Betriebe auswirkt.

FPÖ

Die Ausgleichszahlungen müssen so gestaltet werden, dass umstiegswillige Betriebe auch die Möglichkeit haben, umzusteigen. Einen Einstiegsstopp während der Förderperiode lehnen wir ab.

Die Grünen

Für uns Grüne ist das ÖPUL ein entscheidendes Mittel, um die Landwirtschaft in Österreich nachhaltiger zu machen. Gerade die nachhaltigste Form der Landwirtschaft, die Bio-Landwirtschaft, muss hier besondere Aufmerksamkeit bekommen. Der Bio-Einstiegsstopp, den die ÖVP zu verantworten hat, ist sofort zu beenden, eine dementsprechende Programmänderung ist der Kommission bis Ende Dezember mitzuteilen. Für die kommende Förderperiode ist eine ausreichende Förderung für den biologischen Landbau auch als eigenständige Maßnahme vorzusehen.

Die nationalstaatliche Möglichkeit, Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule umzuschichten ist bestmöglich vorzunehmen. Folgende Teilprogramme innerhalb des ELER-Programmes sollen entwickelt werden:

- Ein Teilprogramm für Betriebsübernehmer, Junglandwirte und Neueinsteiger in die Landwirtschaft.
- Ein Teilprogramm für die österreichischen Berggebiete zur Erhaltung einer flächendeckenden und nachhaltigen Landwirtschaft in den alpinen und benachteiligten Gebieten, welches die natürlichen Erschwernisse einzelbetrieblich (z.B. mittels Berghöfekataster) berücksichtigt.
- Ein Teilprogramm für Innovation, Direktvermarktung und betriebliche Kooperationen.
- Ein Teilprogramm für eine Qualitätsoffensive im Bereich der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, welches insbesondere Schwerpunkte im Bereich Biolandbau, gentechnikfreie Lebens- und Futtermittel, Saatgut, artgerechte Tierhaltung und Biodiversität setzt.

2b) Die Leistungen der Biobäuerinnen und Biobauern sollen sowohl im Rahmen der Bio-Flächenförderung als auch damit kombinierbaren Maßnahmen voll abgegolten werden.

SPÖ

Die Umverteilung der Fördergelder hin zu mehr Geldern unter anderem für Bio-BäuerInnen ist ein Ziel der SPÖ.

ÖVP

Prämien sind für unsere Landwirtinnen und Landwirte eine unverzichtbare Unterstützung, indem höhere Kosten und geringere Erträge abgegolten werden. Dieses System wollen wir auch in Zukunft gewährleisten. Die Abgeltung der Bio-Produktion sowie anderer ÖPUL-Maßnahmen soll daher Mehrkosten und Mindererträge einer ökologisch nachhaltigen Produktion abdecken.

FPÖ

Dieser Forderung stimmt die FPÖ uneingeschränkt zu.

Die Grünen

Die Bio-Landwirtschaft so zu fördern, dass wir die Anzahl der Bio-Betriebe bis 2020 in Österreich verdoppeln, ist das erklärte Ziel der Grünen.

2c) Im Rahmen der projektbezogenen Maßnahmen wird die biologische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ebenfalls schwerpunktmäßig unterstützt. Dies gilt insbesondere für Beratung, Bildung, Lebensmittelqualitätsregelungen, Vermarktung, Innovation, Kooperation und Modernisierung (Investitionen). Dies wird durch entsprechende Bewertung im Rahmen von Selektionskriterien, einen Bio-Bonus beim Fördersatz und reservierte Budgets umgesetzt.

SPÖ

Dies ist derzeit schon so förderbar und jedenfalls auch in Zukunft notwendig.

ÖVP

Eine Schwerpunktsetzung für Bio bei den angesprochenen Maßnahmen im Rahmen einer entsprechenden Bewertung wird im Ausmaß des erhöhten Aufwands der Bio-Landwirtschaft unterstützt.

FPÖ

Wenn das so ist, dann ist das erfreulich. Wichtig wäre, dass die Selektionskriterien transparent und nachvollziehbar für die Landwirte sind.

Die Grünen

Diese Position wäre Teil eines Bio-Aktionsplanes für den sich die Grünen aussprechen.

2d) Die systematische Benachteiligung von biologisch wirtschaftenden Betrieben durch historische Referenzen bei der einheitlichen Betriebsprämie wird durch eine möglichst rasche Einführung des Regionalmodells beseitigt.

SPÖ

Die SPÖ tritt für einen sofortigen Umstieg auf die neue Betriebsprämie (sog. Regionale Betriebsprämie), also ab 1.1.2014, ein.

ÖVP

Die Umstellung vom historischen Modell der Betriebsprämienberechnung auf ein Regionalmodell im Rahmen der GAP 2014-2020 darf unsere Betriebe nicht überfordern und zu keinen Brüchen und Verwerfungen führen – im Gegenteil: Es muss vielmehr gewährleistet sein, dass sich Familienbetriebe auf den Umstieg einstellen können. Aus diesem Grund gilt es, ein soft-landing über mehrere Jahre in Betracht zu ziehen.

FPÖ

Die bisherige Benachteiligung nicht nur der biologisch wirtschaftenden Betriebe in der 1. Säule der Direktzahlungen führte zu großer Ungleichbehandlung der Bauern in den einzelnen Bundesländern. Die Übergangsfrist zur Angleichung der Ausgleichszahlungen über mehrere Jahre (voraussichtlich bis 2019) erscheint uns zu lange und verlängert die Benachteiligung der Bauern in einzelnen Bundesländern

unnötigerweise. Dafür gibt es keine logische Erklärung. Hier hat sich allem Anschein nach die Bundesländer-Klientelpolitik gegenüber einer fairen Lösung für die Bauern durchgesetzt.

Die Grünen

Die historischen Betriebsprämien sind nicht gerecht. Die Grünen treten dafür ein, sie bis spätestens 01.01.2016 in einheitliche Flächenprämien zu überführen.

2e) Eine eigene Rechtsgrundlage für die Umsetzung der EU-Bio-Verordnung inklusive einer ausschließlich für Bio zuständigen Verwaltungseinheit soll geschaffen werden, um den Status für den Schutz der Bio-Qualität zu erhöhen und ressourcentechnische Engpässe der Vergangenheit besser zu bewältigen.

SPÖ

Die EU-Bio-Verordnungen sind unmittelbar anwendbares EU-Recht. Eine konkrete Verankerung im österreichischen Recht wird dennoch seitens der SPÖ als sinnvoll erachtet, sei es als eigene Rechtsgrundlage oder Teil bestehender Rechtsgrundlagen. Eine eigene, für die biologische Produktion vom Stall bis zum Teller zuständige Verwaltungseinheit, ist eine auch für die SPÖ reizvolle Option, die allerdings wegen der derzeitigen Kompetenzverteilungen (Bundesverfassung und Bundesministerien) hinsichtlich Machbarkeit und Sinnhaftigkeit einerseits bzw. Effizienz und Effektivität einer derartigen Einheit andererseits konkret geprüft werden sollte. Unabhängig davon ist es aber aus Sicht der SPÖ jedenfalls notwendig, ausreichende Ressourcen für die Verwaltung und hoheitliche Kontrolltätigkeit sicherzustellen (in den Ländern, im Bund und in der AGES).

ÖVP

Die Qualität der heimischen Landwirtschaft hat für uns oberste Priorität. Der Schutz von Bio-Qualität soll daher durch eine effiziente Verwaltung und Kontrolle weiter erhöht werden. Dadurch wird nicht zuletzt auch das Konsumentenvertrauen gefördert. Eigene Rechtsgrundlagen und Verwaltungseinheiten für Bio stehen für uns jedoch nicht im Mittelpunkt.

FPÖ

Wenn das so kommen sollte, findet das unsere Unterstützung. Wenn diese Verwaltungseinheit nur dazu dient, neue Posten in Verwaltung und Kontrolle zu schaffen, lehnen wir das ab. Aus den bisherigen Personalressourcen der ohnehin schon überbordenden Verwaltung und Kontrolle kann sich so ein Gremium (eine eigene Verwaltungseinheit) bilden. Wichtig wäre die politische Unabhängigkeit einer solchen Verwaltungseinheit, der auch Praktiker (zumindest in Form von Beiräten) angehören.

Die Grünen

Die EU-Bioverordnung entfaltet unmittelbare Wirksamkeit in den Mitgliedsstaaten. Eine eigene Rechtsgrundlage erscheint deshalb aus Sicht der Grünen nicht geboten.

Eine eigene Verwaltungseinheit, die die Umsetzung des Bio-Aktionsplanes begleitet und fördert, ist aus Sicht der Grünen denkbar. Es allerdings zu prüfen, ob dies die effizienteste Form ist, den Bio-Landbau bis 2020 in Österreich zu verdoppeln.

2f) Für die Finanzierung des Programms für Ländliche Entwicklung 2014-2020 sollen nationale Mittel wie bisher im Ausmaß von 50% des Gesamtvolumens zur Verfügung gestellt werden, um die Ökologisierung der österreichischen Landwirtschaft vorantreiben zu können.

SPÖ

Die SPÖ wird sich dafür einsetzen.

ÖVP

Die ÖVP ist Partner der Landwirtschaft. Wir sprechen uns daher klar für die nationale Kofinanzierung der Programme der ländlichen Entwicklung in der Höhe von 50% aus. Damit sichern wir die Weiterentwicklung des agrarischen Erfolgswegs in Österreich.

FPÖ

Das Programm Ländliche Entwicklung muss grundsätzlich „entrümpelt“ werden. Die derzeit intransparente Abwicklung vieler Förderungen aus diesem Programm muss abgestellt werden. Die Rechnungshof-Kritik z. B. an LEADER ist ernst zu nehmen. Dementsprechend sind Maßnahmen zu setzen, die sinnlose Verschleuderung von Bauergeldern verhindern. Klare Richtlinien, Transparenz (mit Veröffentlichungen welche Projekte und Institutionen aus dem Programm Ländliche Entwicklung gefördert werden) und Kontrolle sollten selbstverständlich sein – leider sind sie es derzeit überhaupt nicht. Ein 50%iger Anteil aus nationalen Mitteln ist sinnvoll und kann beibehalten werden.

Die Grünen

Die ländliche Entwicklung braucht ausreichend Mittel um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Wir sind dafür, die Kofinanzierung im vollen Umfang beizubehalten.

Wien, am 16. September 2013